



Ausschuss für Schule und Bildung (46.) (öffentlich)

TOP 1 gemeinsam mit:

Ausschuss für Digitalisierung und Innovation (26.) (öffentlich)

TOP 2 gemeinsam mit:

Hauptausschuss (32.) (öffentlich)

19. Juni 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:05 Uhr bis 12:40 Uhr

Vorsitz: Kirstin Korte (CDU)

Protokoll: Benjamin Schruff

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	8
1	NRW muss seine Lehrkräfte verlässlich mit digitalen Arbeitsgeräten ausstatten	9
	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/4796	
	Ausschussprotokoll 17/595	

Der Ausschuss für Digitalisierung und Innovation lehnt den Antrag Drucksache 17/4796 ab mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der AfD gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

ASB (46.) (öffentlich)

19.06.2019

TOP 1 gemeinsam mit: ADI (26.) (öffentlich)

bas

TOP 2 gemeinsam mit: HPA (32.) (öffentlich)

Der Ausschuss für Schule und Bildung lehnt den Antrag Drucksache 17/4796 ab mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der AfD gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

2 **Gesetz zur Verlängerung des islamischen Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach (14. Schulrechtsänderungsgesetz)**

21

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/5618

in Verbindung mit:

Gesetz zum islamischen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach (14. Schulrechtsänderungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/5638

in Verbindung mit:

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/6598

Ausschussprotokoll 17/647

Der Hauptausschuss stimmt dem Änderungsantrag Drucksache 17/6598 zu mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Der Hauptausschuss stimmt dem geänderten Gesetzentwurf Drucksache 17/5638 zu mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Der Ausschuss für Schule und Bildung stimmt dem Änderungsantrag Drucksache 17/6598 zu mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

ASB (46.) (öffentlich)

19.06.2019

TOP 1 gemeinsam mit: ADI (26.) (öffentlich)

bas

TOP 2 gemeinsam mit: HPA (32.) (öffentlich)

Der Ausschuss für Schule und Bildung stimmt dem geänderten Gesetzentwurf Drucksache 17/5638 zu mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

- 3 Dringliche Frage gemäß § 59 GO LT NRW** (*beantragt von der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 1]*) **26**

in Verbindung mit:

Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW (*beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*)

– Diskussion

- 4 Mehr Demokratie wagen – Stärkung der Demokratiekompetenz in der Schule als Garant für eine demokratische Gesellschaft** **45**

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/4441

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/4798

Ausschussprotokoll 17/561

Der Ausschuss kommt überein, Tagesordnungspunkt 4 zu vertagen.

- 5 Gesetz zur Regelung des Belastungsausgleichs zum Gesetz zur Neuregelung der Dauer der Bildungsgänge im Gymnasium (Belastungsausgleichsgesetz G9 – BAG-G9)** **46**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/4832

Ausschussprotokoll 17/594

ASB (46.) (öffentlich)

19.06.2019

TOP 1 gemeinsam mit: ADI (26.) (öffentlich)

bas

TOP 2 gemeinsam mit: HPA (32.) (öffentlich)

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf Drucksache 17/4832 zu mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Enthaltung der Fraktionen der SPD, der AfD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

6 Entwurf einer Vierten Verordnung zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung Sekundarstufe I (4. ÄVO APO-S I) 48

Vorlage 17/1846

Drucksache 17/5534

Ausschussprotokoll 17/645

in Verbindung mit:**Beschlüsse des 9. Jugendlandtags 2018**

Information 17/141 (Beschluss 2 – „Das Fach Informatik an weiterführenden Schulen“)

Der Ausschuss stimmt der Vorlage 17/1846 zu mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD, der AfD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

7 Die Landesregierung muss die Integration von geflüchteten Menschen in den Arbeitsmarkt vorantreiben! 51

Antrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 17/3011

Ausschussprotokoll 17/558

Der Ausschuss beschließt, zum Antrag Drucksache 17/3011 kein Votum abzugeben.

8 Subventionen gezuckerter Milchprodukte stoppen – Das Schulmilchprogramm muss neu konzipiert werden und die Gesundheit unserer Kinder in den Fokus rücken 52

Antrag

der Fraktion der AfD

Drucksache 17/5360

ASB (46.) (öffentlich)

19.06.2019

TOP 1 gemeinsam mit: ADI (26.) (öffentlich)

bas

TOP 2 gemeinsam mit: HPA (32.) (öffentlich)

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 17/5360 ab mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

9 Berufliche Bildung im digitalen Zeitalter sichern – Fachoberschule für Informatik ermöglichen **53**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/5711

Der Ausschuss stimmt dem Antrag Drucksache 17/5711 zu mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der AfD bei Enthaltung der Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

10 New Deal – Zuständigkeiten und Finanzierung klar regeln und das Wirrwarr im Bildungsbereich beenden! **55**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/6255

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag Jochen Otts (SPD), eine Anhörung durchzuführen.

11 Gemeinsam für die Berufskollegs in NRW **56**

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/6138

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag Sigrid Beers (GRÜNE), eine Anhörung durchzuführen.

ASB (46.) (öffentlich)

19.06.2019

TOP 1 gemeinsam mit: ADI (26.) (öffentlich)

bas

TOP 2 gemeinsam mit: HPA (32.) (öffentlich)

12 Weiterentwicklung der Qualitäts- und UnterstützungsAgentur – Landesinstitut für Schule (QUA-LiS NRW) (Berichtswunsch der Landesregierung) 57

Bericht
der Landesregierung

Der Ausschuss kommt überein, Tagesordnungspunkt 12 zu vertagen.

13 Sexueller Missbrauch (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 3]) 58

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2088

Der Ausschuss kommt überein, Tagesordnungspunkt 13 zu vertagen.

14 Neuausrichtung der Inklusion (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 4]) 59

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2147

in Verbindung mit:

Neuausrichtung der Inklusion: Aufnahmeverfahren von Schülerinnen und Schülern mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung zum Schuljahr 2019/2020 an den weiterführenden Schulen (Berichtswunsch der Landesregierung)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2206

Der Ausschuss kommt überein, Tagesordnungspunkt 14 zu vertagen.

ASB (46.) (öffentlich)

19.06.2019

TOP 1 gemeinsam mit: ADI (26.) (öffentlich)

bas

TOP 2 gemeinsam mit: HPA (32.) (öffentlich)

15 Fachlehrerinnen und Fachlehrer an Förderschulen (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 5]*) **60**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2201

in Verbindung mit:

Fachlehrkräfte an Förderschulen (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 6]*)

Bericht
der Landesregierung

Der Ausschuss kommt überein, Tagesordnungspunkt 15 zu vertagen.

16 Verschiedenes **61**

hier: **Elternkonferenz**

Der Ausschuss beschließt, die 2. Elternkonferenz am 11. September 2019 durchzuführen.

17 Sachstand International School Düsseldorf (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 7]*) **62**

Bericht
der Landesregierung

Der Ausschuss kommt überein, Tagesordnungspunkt 17 zu vertagen.

ASB (46.) (öffentlich)

19.06.2019

TOP 1 gemeinsam mit: ADI (26.) (öffentlich)

bas

TOP 2 gemeinsam mit: HPA (32.) (öffentlich)

5 Gesetz zur Regelung des Belastungsausgleichs zum Gesetz zur Neuregelung der Dauer der Bildungsgänge im Gymnasium (Belastungsausgleichsgesetz G9 – BAG-G9)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/4832

Ausschussprotokoll 17/594

(Die plenare Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/4832 erfolgte am 23. Januar 2019. Die Federführung liegt beim Ausschuss für Schule und Bildung, die Mitberatung beim Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen und beim Haushalts- und Finanzausschuss. Der ASB und der AHKBW führten am 2. April 2019 eine Anhörung durch. Der HFA und der AHKBW stimmten dem Gesetzentwurf am 6. Juni 2019 bzw. am 7. Juni 2019 zu.)

Jochen Ott (SPD) erkennt den Versuch, mit dem Städtetag und dem Städte- und Gemeindebund ein objektiviertes Verfahren durchzuführen, an, geht aber davon aus, dass die veranschlagte Summe der Realität nicht standhalten könne, da man seit der Anhörung wisse, dass einzelne Kommunen in Nordrhein-Westfalen deutliche höhere Bedarfe hätten. Hinsichtlich der dauerhaften Tragfähigkeit bestünden bei seiner Fraktion daher große Zweifel, weshalb sie sich bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf enthalten werde.

Auch **Helmut Seifen (AfD)** hat die Bemühungen der Landesregierung und der regierungstragenden Fraktionen zur Kenntnis genommen, kündigt aber ebenfalls die Enthaltung seiner Fraktion an.

Frank Rock (CDU) sieht sich durch die Anhörung in seiner Auffassung bestätigt, dass die Kommunikation und Kooperation zwischen Ministerium und Städte- und Gemeindebund im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf – anders als bei vielen Vorlagen der vorherigen Regierung – vorbildlich verlaufen sei.

Man gehe davon aus, dass die Mittel ausreichen; mit eventuell notwendigen Anpassungen werde man sich befassen. Bei etwaigen für die Kommunen entstehenden Kosten müsse man unterscheiden, ob diese aus G9 resultierten oder auf eine seit Jahren fehlerhafte Schulentwicklungsplanung zurückgingen.

Sigrid Beer (GRÜNE) anerkennt, dass mit den kommunalen Spitzenverbänden überhaupt Regelungen gefunden worden seien, erachtet es aber als fraglich, ob die Mittel ausreichen und die Tranchen richtig gesetzt würden.

ASB (46.) (öffentlich)

19.06.2019

TOP 1 gemeinsam mit: ADI (26.) (öffentlich)

bas

TOP 2 gemeinsam mit: HPA (32.) (öffentlich)

Zwar gebe es in manchen Kommunen Versäumnisse, aber teilweise auch nicht absehbare Entwicklungen, die sicherlich Nachbesserungsbedarf auslösten.

Ministerin Yvonne Gebauer (MSB) kündigt im Hinblick auf die Auskömmlichkeit eine Evaluierung an, um die Höhe der Kosten und eventuelle Mehrbedarfe zu ermitteln.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf Drucksache 17/4832 zu mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Enthaltung der Fraktionen der SPD, der AfD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.